

17 ▶ Mai 2004

europarot

Infoblatt der
Delegation der PDS
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



6 aus 626

Fünf Jahre Brüssel – Bilanz der PDS-Europaabgeordneten



von **Sylvia-Yvonne Kaufmann,**
Sprecherin der Gruppe
der PDS-Europaabgeordneten

Bei den Europawahlen am 13. Juni 1999 erhielt die PDS 5,8 Prozent der Wählerstimmen. Damit konnte sie erstmals in das Europäische Parlament einziehen. Gewählt wurden André Brie, Christel Fiebigger, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helmuth Markov, Hans Modrow und Felekna Uca. Wir waren damit sechs Abgeordnete von insgesamt 626 Abgeordneten aus fünfzehn Staaten.

Die Fraktion der Linken im Parlament

Auf sich allein gestellt hätte unser Sechser-Team sicher nur wenig ausrichten können. Doch an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen der linken Fraktion haben wir in der vergangenen Legislaturperiode durchaus vieles bewegt. Unsere Fraktion im Europäischen Parlament trägt den Namen „Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“, kurz GUE/NGL. In ihr haben sich über ein Dutzend linker Parteien – sozialistische, linkssozialistische, kommunistische, trotzkistische und links-grüne Parteien – aus zehn Mitgliedsländern zusammengeschlossen. Insgesamt gehören der GUE/NGL 49 Abgeordnete an. Die linke Fraktion ist damit nach den Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen die viertstärkste politische Gruppierung.

Die fünf Jahre gemeinsamer Arbeit waren natürlich sehr ereignisreich und arbeitsintensiv. Aus der Vielzahl der Fraktionsinitiativen, die von uns PDS-Abgeordneten angeregt wurden, seien nur einige erwähnt: Die Tagung der Fraktion in Wien zum Thema Rechtsextremismus in Europa im April 2000, der Kongress „Kubanisch-Europäische Perspektiven“ im Juni 2001 in Berlin, die Entsendung einer Delegation des Europäischen Parlaments nach Afghanistan im Juli 2002, das Treffen zwischen europäischen und amerikanischen Kongressabgeordneten am Vorabend des US-Angriffs auf den Irak im März 2003, die Konferenz zur „Landwirtschafts- und Regionalpolitik der EU“ im brandenburgischen Perleberg im September 2003 und die Präsentation der Ausstellung „Erinnern, Gedenken, Forschen – 10 Jahre Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten“ im Mai 2003 in Brüssel. Ein besonderer Erfolg für die Gruppe waren die Studientage der Fraktion in Schwerin im September 2001. Es ging um die Lage der Werften, um die Arbeitsmarktprobleme, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem benachbarten Polen oder Fragen der

Fortsetzung auf Seite 2

Landwirtschaft. Wichtig war vor allem, dass es gelang, den Abgeordneten vor Ort die spezifischen Probleme Ostdeutschlands näher zu bringen.

Die PDS-Gruppe im EP war von Anfang an eine zuverlässige Stütze für die Fraktion. Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass Helmuth Markov als Schatzmeister, Hans Modrow als Koordinator für Erweiterungsfragen und Sylvia-Yvonne Kaufmann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende Verantwortung innerhalb der Fraktion übernahmen.

Viel Arbeit und so manche Erfolge

Die Europaabgeordneten der PDS trugen als Berichterstatter des EP die Verantwortung dafür, die Position des Parlaments zu verschiedenen Themen zu fixieren. Helmuth Markov etwa war zuständig für den Bericht „Die Regionen in der neuen Wirtschaft – Leitlinien für die innovativen Maßnahmen der europäischen Regional- und Strukturfonds im Zeitraum 2000 – 2006“. Er war auch Berichterstatter über die Strukturfonds für ultraperiphere Regionen und zu Fragen des Straßenverkehrs. André Brie war Berichterstatter des Europaparlaments zu Afghanistan und Hans Modrow zeichnete für den Bericht „Entwicklungszusammenarbeit: staatliche Unternehmen, öffentliche Dienste und Wirtschaft der Entwicklungsländer“ verantwortlich. Sylvia-Yvonne Kaufmann erstellte den Parlamentsbericht zum „Weißbuch der Europäischen Kommission über europäisches Regieren“. Sie vertrat darüber hinaus die Fraktion im Grundrechtekonvent und im Konvent zur Zukunft Europas, der den Entwurf für den europäischen Verfassungsvertrag ausarbeitete. Christel Fiebiger vertrat die GUE/NGL im ad hoc-Ausschuss zur BSE-Krise. Felcknas Uca wirkte aktiv in der Türkei-Delegation des Parlaments mit und engagierte sich besonders für die Freilassung der kurdischen Parlamentsabgeordneten Leyla Zana sowie die Rechte von Kurden in der Türkei.



Ja, wir haben uns eingemischt, haben dabei eigenständige Positionen entwickelt und konnten auch manches erreichen. Ohne uns wäre etwa das Recht auf Wehrdienstverweigerung nicht in die EU-Grundrechtecharta aufgenommen worden. Europaabgeordnete der PDS und die der anderen linken Parteien haben verhindert, dass es einen europaweiten Ausschreibungszwang für die Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs gibt, und sie haben dafür gesorgt, dass ostdeutsche Agrarbetriebe nicht von der EU finanziell diskriminiert werden. Wir haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Liberalisierung der Hafendienstleistungen verhindert werden konnte, und es ist Ergebnis unserer Arbeit, dass die EU verbesserte Sozialvorschriften für Berufskraftfahrer erlassen hat.

Der Film des britischen Dokumentarfilmers Jamie Doran, der zeitgleich in Berlin und Straßburg uraufgeführt wurde, machte die Öffentlichkeit bis hin nach Australien auf massive Menschenrechtsverletzungen der US-amerikanischen Truppen in Afghanistan aufmerksam. Man kann daher sagen: Manches Wichtige wäre im Europäischen Parlament in den vergangenen fünf Jahren ohne die PDS-Europaabgeordneten nicht geschehen oder anders gelaufen. Natürlich gelang uns schon allein aufgrund der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Linken im Parlament nicht, etwa die neoliberale Grundausrichtung der EU-Politik zu korrigieren. Oben genannte Beispiele zeigen aber, dass es sich lohnt, Widerstand gegen unsoziale Politik zu leisten und dass linkes Engagement auch und gerade in Europa wichtig ist.

Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit

Leider ist es so, dass in der Öffentlichkeit nach wie vor viel zu wenig über Europa bekannt ist. Deshalb haben wir es als eine unserer wichtigsten Aufgaben angesehen, über den Aufbau und die Funktionsweise der EU-Institutionen, die verschiedenen Politikbereiche der EU sowie über unsere eigene Arbeit zu informieren. Dies geschah in unzähligen Veranstaltungen und Gesprächen vor Ort in der gesamten Bundesrepublik, durch die Veröffent-

lichung hunderter Presseerklärungen, von Artikeln, Stellungnahmen und Redetexten. Immer wieder wiesen wir darauf hin, dass gut 70 Prozent der in

Deutschland auf Bundes- wie auf Landesebene erlassenen Gesetze und Verordnungen bereits heute auf europäischem Recht beruhen, und dass es daher für die politische Arbeit auf jeder Ebene unabdingbar ist, sich mit den Entscheidungsprozessen in Europa intensiv auseinander zu setzen.

Mit „europarot“ informierten die PDS-Europaabgeordneten seit Juni 2000 in einem achtseitigen Informationsblatt alle zwei Monate über zentrale politische Fragen der Europapolitik, über ihre Positionen bzw. über Aktivitäten der Fraktion. Jede Ausgabe enthielt einen besonderen Themenschwerpunkt, insgesamt 17 Ausgaben sind bislang erschienen.

Seit Juli 2000 besteht mit www.pds-europa.de unsere Website im Internet. In der Rubrik „Positionen und Dokumente“ werden dort alle Reden der MdEPs, Artikel, Studien und Presseerklärungen veröffentlicht. Man findet dort außerdem Hinweise auf unsere Veranstaltungstermine. Darüber hinaus kann man von der Website auch die in den fünf Jahren erstellten Auftragsstudien einsehen bzw. herunterladen. In unserer Reihe „Materialien“ wurden zehn dieser Studien zudem in gedruckter Fassung herausgegeben, einige sind auch in Buchform veröffentlicht worden. Seit November 2002 bieten wir unter www.pds-europaservice.de umfassende Informationen zu den Förderprogrammen der EU an. Neben wichtigen Adressen und Tipps sind dort auch konkrete Hilfestellungen für die Antragsstellung zu finden.

Was gehört noch zu unserer Bilanz?

Zum Beispiel, dass mehr als 30 Praktikantinnen und Praktikanten in unseren Büros in Brüssel die Arbeit im Parlament kennen lernten, und sie uns auf so manch neue Idee brachten. Wir empfangen zahlreiche Besuchergruppen aus allen Regionen unseres Landes, wodurch sich Bürgerinnen und Bürger in Brüssel und Straßburg ein eigenes Bild von Europa machen konnten. Und schließlich möchte ich noch erwähnen, dass die PDS-Abgeordneten mit Spenden von ihren Diäten diverse sinnvolle Projekte unterstützten und nicht selten damit deren weiteres Überleben gesichert haben. Als Gruppe haben wir mehr als 35.000 Euro dafür zusammengebracht. Darüber hinaus hat jeder einzelne noch individuell Spenden getätigt.

Es kann also zu Recht gesagt werden, dass die „6 aus 626“ in der Zeit zwischen 1999 und 2004 erfolgreich gearbeitet haben. Die Hoffnungen und Erwartungen der Wählerinnen und Wähler, die uns damals gewählt hatten, haben die PDS-Europaabgeordneten, denke ich, jedenfalls nicht enttäuscht. ■

Wer Europa verändern will, muss sich einmischen

Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP

Meine Arbeit im Europäischen Parlament habe ich von Anfang an als Auftrag verstanden, so wirksam wie möglich Druck von links zu entfalten. Denn wir als PDS wollen, dass sich Europa verändert – im Interesse aller in der EU lebenden Menschen. Ich hatte mir als Schwerpunktthemen Friedenspolitik, Verfassungsfragen, Bürgerrechte sowie Euro und Stabilitätspakt vorgenommen. Da die Linken im Europaparlament eine Minderheit sind, müssen sie mehr Arbeitsgebiete beackern als die Abgeordneten der großen Fraktionen. Ich wusste, was auf mich zukommt, denn ich hatte das Parlament bereits zwischen 1991 und 1994 als Beobachterin kennen gelernt und auch in den Jahren danach den Kontakt zu unserer Fraktion, der GUE/NGL, gehalten. Im Europäischen Parlament gibt es für einzelne Abgeordnete mehr politische Spielräume etwas zu bewegen, vor allem deshalb, weil hier häufig wechselnde politische Mehrheiten möglich sind. So sind denn vor allem Kompetenz und Verhandlungsgeschick gefragt, um linken Positionen Geltung zu verschaffen.

Soziale Bewegungen im Blick

Neben der parlamentarischen Arbeit habe ich versucht, meine Möglichkeiten als Abgeordnete zu nutzen, um soziale Bewegungen zu unterstützen. Nach den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Genua im Juni 2001 war ich zum Beispiel in Italien, um mit der Staatsanwaltschaft und den politisch Verantwortlichen zu sprechen, damit die dort inhaftierten Demonstranten aus der Bundesrepublik freigelassen werden. Als die jungen Leute wenig später tatsächlich aus dem Gefängnis entlassen wurden, war ich schon ein wenig stolz darauf, mit dazu beigetragen zu haben.

An der Verfassung mitgewirkt

Im Parlament war ich Mitglied im „Ausschuss für konstitutionelle Fragen“ sowie stellvertretendes Mitglied im „Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten“. Von 2000 – 2003 war ich darüber hinaus sowohl Mitglied des Konvents zur EU-Grundrechtecharta als auch des Europäischen Verfassungskonvents. Ich habe als einzige deutsche Europaabgeordnete (und auch einzige Frau aus der Bundesrepublik) in beiden Konventen mitgearbeitet. Insbesondere der Verfassungskonvent war mit

einem Berg zusätzlicher Arbeit verbunden, schließlich musste ich mich dabei in detail durch den in Jahren angewachsenen Dschungel des EU-Vertragsrechts arbeiten. Zudem habe ich zwei umfassende eigene Beiträge vorgelegt: „Ein Verfassungsvertrag für ein soziales Europa“ (Konventionsdokument Nr. 190/1/02) und „Anforderungen an den Verfassungsvertrag für eine friedensfähige Europäische Union“, (Konventionsdokument Nr. 681/03). Sowohl beim Konvent zur EU-Grundrechtecharta als auch im Verfassungskonvent ist es mir gelungen, die Abfassung diverser Vertragsartikel inhaltlich mit zu beeinflussen. So ist der Artikel 23 der Grundrechtecharta zur Gleichstellung von Männern und Frauen ein „Kaufmann-Artikel“, den ich mit partei- und fraktionsübergreifender Unterstützung aller Frauen im Konvent zur Grundrechtecharta durchgesetzt habe. Im Verfassungskonvent konnte ich dank der aktiven Hilfe vieler

NGOs u. a. gegen den Widerstand des deutschen Regierungsvertreters Glotz (SPD) durchsetzen, dass zum Thema „Soziales Europa“ eine offizielle Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Einige ihrer Empfehlungen fanden schließlich Eingang in den Verfassungsentwurf. Bekanntlich orientiert der Verfassungsentwurf die EU auf einen militärinterventionistischen Kurs, was die PDS strikt ablehnt. Wir wollen, dass Europa in der internationalen Politik als Zivilmacht agiert. Gerade deshalb ist es mir wichtig, dass es immerhin gelang, im Verfassungsentwurf die Pflicht der EU zur Friedensförderung und zur Einhaltung des Völkerrechts und der Grundsätze der UNO-Charta festzuschreiben. Für linke alternative Politik kann dies künftig eine wichtige Berufungsgrundlage sein.

„Europa“ ist nicht „weit weg“

Im Gegenteil: Das Alltagsleben der Menschen wird mehr und mehr durch eu-

ropäische Gesetze bestimmt. Aber das geschieht für viele meist anonym. Genau an diesem Punkt will ich auch in Zukunft ansetzen und aufzeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger einmischen können und müssen. Europa wird nur dann sozialer, wenn mehr Druck gemacht wird. Allein im Jahr 2003 bin ich für ca. 80 Veranstal-



Europa soll sich verändern – im Sinne aller Menschen



tungen quer durch die Republik gereist und habe mit den unterschiedlichsten Menschen über Europa diskutiert. Besondere Freude machen mir Begegnungen mit jungen Leuten. Sie sind wissbegierig, und sie haben meist sehr gut verstanden, dass es nicht um irgendein abstraktes „Europa“, sondern ganz konkret um ihre Zukunft geht – und die liegt im Zusammenwachsen Europas und nicht in nationalstaatlicher Kleingeisterei.

Ich bin davon überzeugt: Nach dem 13. Juni 2004 wird die PDS wieder mit einer starken linken Fraktion dafür kämpfen, Europa weiter zu verändern, es sozial, friedlich und demokratisch zu gestalten. Künftig wird erst recht gelten: Was in Straßburg oder Brüssel entschieden wird, beeinflusst unmittelbar unser aller tägliches Leben, sei es nun in der Uckermark oder am Bodensee. Deshalb ist es so wichtig, sich in Europa einzumischen. Ich werde es auf jeden Fall tun. ■

Europa bestimmt mehr und mehr unser Leben

Von Dr. Helmuth Markov, MdEP

Als ich im Sommer 1999 nach Brüssel aufbrach, wollte ich zum einen dazu beitragen, Europapolitik mehr als bisher in die gesellschaftliche Debatte zu Hause einzubringen. Das Ausmaß der europäischen Einflussnahme ist mir erst im Laufe dieser fünf vergangenen Jahre bewusst geworden: Von der Trinkwasserqualität über die Schulmilchförderung bis zur Raumtemperatur von Kindergärten, vom Tabakverbot bis zur Etikettierung gentechnisch veränderter Lebensmittel, von der Ausschreibung öffentlicher Leistungen bis zur Verteilung umfangreicher Strukturfondsmittel an die armen Regionen Europas – mehr als zwei Drittel der nationalen und regionalen Politik werden mittlerweile durch europäische Entscheidungen beeinflusst. Zum anderen hatte ich mir die EU-Regionalpolitik als Schwerpunkt ausgesucht, da ich als Abgeordneter aus einem neuen Bundesland wusste, wie sehr die ostdeutschen Länder auf die finanzielle Hilfe aus den EU-Strukturfonds angewiesen sind. Ihre Interessen wollte ich im Europäischen Parlament vertreten.

Förderung geht weiter

Wir konnten als Fraktion eine ganze Reihe politischer Erfolge verbuchen. Um einige Beispiele aus dem Bereich der EU-Strukturpolitik zu nennen: Wir konnten Mehrheiten dafür gewinnen, dass weiterhin 0,45 Prozent des EU-weiten Bruttoinlandsproduktes für Strukturfondsmittel aufgewendet werden und die vom so genannten „statistischen Effekt“ betroffenen Ziel-1-Regionen, darunter alle ostdeutschen Länder, auch nach der EU-Erweiterung nicht aus der Förderung herausfallen. Darüber hinaus wird es für sie weiterhin spezielle Beihilferegulungen geben. Der Versuch einiger Mitgliedstaaten, die Fördermittelpolitik zu renationalisieren, konnte abgewendet werden. All dies ist wichtig, weil damit das Solidaritätsprinzip innerhalb der EU aufrechterhalten wird und sowohl die benachteiligten Regionen der jetzigen EU, als auch die Regionen der neuen Mitgliedstaaten eine vernünftige Strukturförderung erwarten dürfen. Ein

weiterer Vorschlag von uns, der mehrheitsfähig wurde: Nicht abgerufene EU-Fördermittel in Höhe von einer Milliarde Euro gehen nicht an die Mitgliedstaaten zurück, um deren Haushaltslöcher zu stopfen, sondern werden an bedürftige Regionen vergeben.

Berichte und Stellungnahmen erarbeitet

Neben meiner Arbeit im Ausschuss für Regional- und Verkehrspolitik, in deren Rahmen ich für das EP fünf Berichte und vier Stellungnahmen zu Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission verfasst habe, war ich stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss des Parlaments sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Hier habe ich in einem Bericht die Arbeit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die in den Ländern des ehemaligen Ostblocks Wirtschaftsprjekte finanziert, evaluiert. Es war das erste Mal, dass das Europaparlament die Arbeit dieser Bank bewertet hat.

Wider den Liberalisierungs-Mainstream

Ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit war und ist die Auseinandersetzung mit der EU-Liberalisierungspolitik im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch wenn es sehr schwer ist, sich dem allgemeinen Liberalisierungs-Mainstream zu widersetzen, konnten wir als Fraktion in Zusammenar-

Mehr als zwei Drittel der nationalen und regionalen Politik werden von Europa beeinflusst



beit mit Gewerkschaften und lokalen Gebietskörperschaften auch hier Erfolge erzielen. So wurde das Vorhaben, die Hafendienstleistungen zu liberalisieren, vom Parlament komplett abgelehnt. Eine Liberalisierung hätte bedeutet, dass künftig das Schiffpersonal die Schiffe selbst be- und entladen hätte und somit 15.000 Hafearbeiter und Schiffslotsen ihre Arbeit verloren hätten. Ein weiteres Beispiel: Die Europäische Union wollte eine Ausschreibungs-

pflicht für den öffentlichen Personennahverkehr einführen. Das haben wir verhindert. Die Kommunen können selbst entscheiden, ob sie ausschreiben oder diese Leistungen in Eigenregie erbringen wollen.

Soziale Verbesserungen für Berufskraftfahrer

Mein wohl größter persönlicher Erfolg in dieser Legislaturperiode waren zwei Gesetzentwürfe zu Ruhe- und Lenkzeiten für Berufskraftfahrer. Herausgekommen ist eine europäische Gesetzgebung, die für die Kraftfahrer eine ganze Reihe von sozialen Verbesserungen mit sich bringt, gleichzeitig die Verkehrssicherheit erhöht und auch für mehr Gleichheit zwischen Fahrern aus EU- und Drittstaaten sorgt.

Auch außerhalb des Parlaments engagiert sein

Neben der rein parlamentarischen Tätigkeit habe ich im Parlament eine Ausstellung zu KZ-Gedenkstätten und einen Besuch im belgischen Résistance-Museum organisiert, habe einen Besuch des Regionalausschusses des Europäischen Parlaments in der Uckermark ausgerichtet, war beim WTO-Gipfel in Cancún und beim Europäischen Sozialforum in Paris. Auf zahlreichen Treffen mit europäischen und deutschen Gewerkschaften, Arbeitslosenverbänden, aber auch Unternehmensvereinigungen, auf Gewerkschaftskonferenzen in Spanien, Portugal, Griechenland, Slowenien und bei Ver-



anstaltungen mit befreundeten Linksparteien in anderen Ländern kam es zu konstruktiven Debatten, die für die Arbeit im Parlament wertvolle Anregungen lieferten. Und besonders wichtig waren die vielen Veranstaltungen zu Hause, mit Vereinen und Verbänden, mit Gewerkschaften, mit Schulen, mit Besuchergruppen – um dem zu Beginn formulierten Anspruch, Europapolitik mehr ins Gespräch zu bringen, gerecht werden zu können. ■

Von Christel Fiebiger, MdEP

Einsatz für Bauern und Landbewohner

Mein Anspruch als Abgeordnete war, etwas für die Menschen durch ein an den Realitäten orientiertes Handeln zu erreichen. Meine „Vor-Ort-Kontakte“ waren dafür Voraussetzung. So habe ich mich in der Ausschussarbeit mit wechselndem Erfolg um Kompromisse und Bündnisse in vielerlei Sachfragen bemüht.

Mein Hauptpolitikfeld war Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Das Wahlversprechen im PDS-Europawahlprogramm von 1999, für eine Neuorientierung der Agrarpolitik einzutreten, war mir inhaltliche Richtschnur und Auftrag. Vor jeder parlamentarischen Entscheidung habe ich mir die Frage gestellt, ob damit die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft unterstützt oder verhindert wird. Es war nicht einfach, in dem Dschungel der bestehenden, zu ändernden und neuen Richtlinien und Verordnungen die Komplexität der Anforderungen im Blick zu haben: Die Gewährleistung von Wertschöpfung und Beschäftigung in den Dörfern, die Nutzung und Bewahrung der Natur als Nahrungs-, Rohstoff- und Energiequelle, die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft und Artenvielfalt, die Pflege der in Jahrhunderten durch bäuerliche Arbeit entstandenen vielfältigen Kulturlandschaften, die Erhaltung der ländlichen Sozial- und Kulturräume.

An Reform der EU-Agrarpolitik mitgewirkt

In Auswertung der BSE-Krise galt mein Engagement der Lebens- und Futtermittelsicherheit. Intensiv habe ich mich in den Prozess der Reform der EU-Agrarpolitik eingebracht. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist, dass meine Anfragen und Anträge wesentlich dazu beitrugen, dass die EU-Kommission die geplante Benachteiligung von Agrargenossenschaften bei Agrarprämien aufgeben musste und für die deutschen Bauern ab 2004/05 ein Teilausgleich für den Wegfall der Roggenintervention eingeführt wird. Beides dient der Wertschöpfung und Beschäftigung in den Dörfern

Drum lege den Finger auf jeden Posten

Mein besonderes Augenmerk galt den jährlichen Haushaltsdiskussionen, nicht nur der Planung, sondern auch dem Abfluss der Mittel, zumal dieser immer wieder – namentlich bei den Strukturfonds – ins Stocken geriet. Hier den Daumen auf die Wunde zu legen, war wichtig, denn jede Verzögerung hieß verspätete Investitionen, ausbleibende Wertschöpfung, feh-

lende Arbeit. Bei der Mittelplanung habe ich mich für vielerlei engagiert – vom Aufstocken der Ausgaben für die ländliche Entwicklung über das Herunterfahren der Exportsubventionen, die den Entwicklungsländern nur schaden, bis zur Unterstützung der vom „Jahrtausendhochwasser“ 2002 Betroffenen.

Gemeinsam mit anderen widersetzte ich mich den zahlreichen Versuchen, die Agrarmittel für andere Zwecke zu beschneiden. Oftmals wird „vergessen“, dass die Agrarausgaben nur deshalb der größte Brocken im EU-Haushalt sind, weil die Agrarpolitik so umfassend wie keine zweite Politik vergemeinschaftet ist. Und dabei geht es den Bauern keineswegs blendend.

Der Kampf um die Agrarmittel hat eine neue Dimension erreicht. In den letzten Wochen erschien in großen deutschen Tageszeitungen eine Farbanzeige der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die einen 500-Euro-Scheine haltenden Spanferkelkopf auf einem Obstteller unter der Überschrift „Agrarsubventionen kosten uns ein Schweinegeld“ zeigt und in der ein Stopp der gesamten Agrarförderung der EU, des Bundes und der Ländern gefordert wird. Dahinter stehen bundesweit bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Wer damit wirbt, die auf dem Weltmarkt billigen Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel zu importieren, gefährdet nicht nur die Existenz von 9,5 Mio. Bauern. Man kann doch nicht Hunger und Verhungerte in der „Dritten Welt“ beklagen und wegen des raschen Wachstums der Weltbevölkerung und der schwinden-

den Weltagrarfläche und -wasserressourcen Horrorszenerarien der künftigen Welt ernährung malen, und andererseits dafür plädieren, dass die EU ihre eigenen Ressourcen für die Produktion von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln nicht ausschöpft.

Vor allem Beitrittsländer im Blick

Viel Zeit und Kraft habe ich in den Komplex EU-Erweiterung investiert, zum einen wegen unserer gemeinsamen sozialistischen Geschichte mit den Ländern östlich von Oder und Neiße, zum anderen weil die Integration der Landwirtschaft zu den schwierigsten Problemen gehört. Das Gewicht des Agrarsektors ist in der jetzt 25 Staaten umfassenden EU weitaus größer als in der vor dem 1. Mai 2004. Deshalb war ich in den meisten Beitrittsländern, habe dort Gespräche geführt, Vorträge gehalten, Fragen beantwortet und versucht, ein Stück „EU-Lebenshilfe“ angesichts vorgefundener Blauäugigkeit zu leisten, z. B. indem ich klar stellte, dass ohne funktionsfähige Zahlstellen keine EU-Gelder fließen. Im Parlament selbst habe ich gegen die offiziell bestrittene aber tatsächlich installierte „Zwei-Klassen-EU“ Front gemacht. Trotzdem war nicht zu verhindern, dass die Bauern in Polen oder Tschechien viel weniger Beihilfen erhalten werden als die in der „alten“ EU. Erst 2013 sollen sie gleichbehandelt werden. Die Polen, Tschechen etc. werden sich das gewiss nicht lange bieten lassen. Damit kommt die ganze Agrarfinanzierung erneut auf den Prüfstand. ■



Das Wahlversprechen, für eine Neuorientierung der Agrarpolitik einzutreten, war mir inhaltliche Richtschnur und Auftrag

Europa wird nur dann sozialer,
wenn mehr Druck von links gemacht
wird.



Disput ■ Mit welchen Vorstellungen und Wünschen bist du 1999 nach Strasbourg und Brüssel aufgebrochen?

André Brie ■ Vorstellungen hatte ich kaum. Ich kannte die parlamentarische Arbeit nicht, und wie ich schnell merkte, waren auch meine Kenntnisse der EU zwar zutreffend, aber sehr abstrakt. Meine Wünsche dagegen waren groß. Ich wollte linke Politik wirksam vertreten und beitragen, dass Ziele der PDS Gehör finden. Es war die Zeit des Jugoslawienkrieges, Deutschland „dank“ Rot-Grün aktiv bei einer Aggression dabei. Unser Nein sollte unüberhörbar sein. Abrüstung und eine Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, waren einmal der Gegenstand meiner wissenschaftlichen Arbeit, auch eines Kinderbuches und selbst zahlreicher Kabaretttexte. Deshalb wollte ich auch unbedingt in den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. Mein zweites Thema, so wollte ich es, sollte die europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik sein, zumal ich im persönlichen Umfeld und in meinem Dorf

ordneten hat sehr viel mehr geschafft, als ich für möglich gehalten hatte. Für mich persönlich waren vielleicht zwei Ergebnisse besonders wichtig: Ich bin oft in Kriegsgebiete (Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien, Mazedonien, Palästina, Irak, Afghanistan) gefahren, weil ich Widerstand gegen Kriege nicht nur vom Schreibtisch, auf Veranstaltungen oder im Sitzungssaal artikulieren wollte. Letztlich haben viele Abgeordnete begonnen, das und die erlebten Überzeugungen, die ich mitbrachte, zu akzeptieren. Jamie Dorans Film über die Massenmorde in Afghanistans Norden – unter den Augen und offensichtlich mit Beteiligung von US-Soldaten – ist weltweit ausgestrahlt worden. Ich glaube, dass ich dazu ein klein wenig beigetragen habe.

Und dann war da das Stahlwerk Gröditz. Eine Belegschaft, die mehr als zehn Jahre um ihren Betrieb und die Arbeitsplätze kämpfte, gefährdet durch die EU-Kommission. Gemessen an dem, was die Stahlwerkerinnen und Stahlwerker taten,

Das Neuland engagiert beackert

André Brie im Gespräch

mit vielen Menschen zu tun habe, die von Arbeitslosigkeit und sozialer Angst betroffen sind.

Welche Aufgabenschwerpunkte hast du, was betrachtest du als wichtigstes Ergebnis deiner Arbeit?

■ Die beiden genannten Bereiche sind sehr, sehr weit. Ich musste mich konzentrieren, erstens auf die EU-Erweiterung mit ihren politischen, aber auch sozialen Konsequenzen, zweitens auf Friedens- und Antikriegspolitik, drittens auf die europäische Beschäftigungspolitik. Was habe ich erreicht? Die PDS als Gruppe mit sechs von 626 Abge-

war das, was ich konnte, sehr gering. Aber es hat ihnen wichtige Türen geöffnet, die Bundes- und die sächsische Landesregierung in Bewegung gesetzt. Von einigen tausend Briefen, die ich seit 1999 erhalte habe, ist jener des Gröditzer Betriebsrates nach der Rettung des Stahlwerkes 2002 für mich der wichtigste.

Wie hast du „daheim“, an der Basis linke Europapolitik verdeutlichen können?

■ Als Wanderprediger in der gesamten Bundesrepublik; mit Abgeordneten-Sprechstunden von Grevesmühlen und Ludwigslust bis Rostock, Ueckermünde; mit einem zweistöckigen Europabüro, das inzwischen für Schülerinnen und Schüler sowie viele andere zu dem Europapunkt in Schwerin geworden ist; mit intensiver Zusammenarbeit mit zahlreichen sozialen und anderen Organisationen, Schulen, Unternehmen, Landräten, Kommunalpolitikerinnen und -politikern.

Warum sollen sich PDS-Mitglieder – in der Uckermark ebenso wie am Bodensee – für den Einzug einer starken PDS-Gruppe ins neue Europaparlament einsetzen?

■ Weil eine wirkungsvolle sozialistische Partei in Deutschland dringend gebraucht wird, weil die PDS darum ringt, sicherlich auch mit Fehlern, aber vor allem mit Ehrlichkeit, soziale und solidarische Alternativen zum Neoliberalismus der anderen Parteien zu vertreten, weil viele Menschen in anderen europäischen Ländern hoffen und wollen, dass es in Deutschland eine starke Linke gibt, weil die PDS im EP sicherlich bei weitem nicht alles erreicht, was sie will, aber dafür leidenschaftlich streitet, und weil die PDS nicht nur ein soziales, friedliches und demokratisches Europa will, sondern anders Politik macht als die meisten anderen Politiker – bei den Menschen, mit ihnen. ■

Das Gespräch führte Disput mit André Brie.

Die erste Abgeordnete mit kurdischer Herkunft

Von Feleknas Uca, MdEP

Im Europaparlament war es für mich wichtig, in meiner Arbeit Schwerpunkte zu setzen, die meine politische Entwicklung stark geprägt haben: die Frage der Menschenrechte, der Kampf gegen den Rassismus und insbesondere die Kurdenproblematik. Als Mitglied im gemeinsamen Ausschuss EU-Türkei und als Vizepräsidentin der fraktionsübergreifenden Intergruppe Antirassismus hatte ich dazu gute Möglichkeiten.

Die erste Abgeordnete mit kurdischer Herkunft im Europäischen Parlament zu sein, habe ich als eine besondere Verpflichtung betrachtet, Ansprechpartnerin für Flüchtlinge und MigrantInnen in Europa zu sein als auch mich intensiv mit der Türkei und ihrem möglichen EU-Beitritt zu befassen. Dabei stand die Situation der kurdischen Bevölkerung im Mittelpunkt meiner Arbeit, da sich die Schwierigkeiten der Türkei sich positiv zu verändern, hier besonders deutlich zeigen. Trotz formaler Reformen gibt es in vielen Bereichen leider immer noch keine echte Annäherung an EU-Standards, so dass es wichtig ist, weiterhin Druck auf die türkische Regierung auszuüben. Ich habe deshalb diverse fraktionsübergreifende Parlamentarierappelle initiiert, um gegen eklatante Menschenrechtsverstöße wie das Verbot der kurdischen HADEP oder gegen Repressionen gegen den Menschenrechtsverein zu protestieren. Intensiv habe ich das Schicksal von Leyla Zana verfolgt, der ersten kurdischstämmigen Abgeordneten im türkischen Parlament, die seit 1994 menschenrechtswidrig inhaftiert ist und deren Prozess im letzten Jahr neu aufgerollt wurde – der allerdings skandalöserweise mit einer Bestätigung des ersten Urteils endete. Zusammen mit meinem italienischen Fraktionskollegen Luigi Vinci habe ich an fast allen Verhandlungstagen teilgenommen, um so ein Zeichen der Solidarität zu setzen und zu zeigen, dass dieser Prozess international mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wird.

Schluss mit der Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Ein weiterer Schwerpunkt meines Engagements galt dem Einsatz gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. So habe ich mit Änderungsanträgen zum Türkei-Bericht dafür gesorgt, dass das Europaparlament



Für ein soziales Europa mit gleichen Rechten für alle Menschen – gegen Diskriminierung, Rassismus und Nationalismus



auch konkrete Veränderungen im Umgang mit weiblichen Häftlingen auf den türkischen Polizeiwachen eingefordert hat. Desweiteren habe ich mich mit Opfern sexueller Gewalt getroffen und im Parlament auf ihre Situation hingewiesen.

Protest gegen Bomben im Irak

Zentral war für mich ebenfalls die Auseinandersetzung mit der Situation im Irak. Zusammen mit anderen Abgeordneten habe ich eine Resolution eingebracht, um gegen Bombenangriffe in der damaligen UN-Sicherheitszone im Nordirak zu protestieren, bei denen Dutzende von Menschen getötet und verletzt wurden. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Irak hat sich meine Fraktion der Vereinten Linken vehement gegen den Krieg engagiert. Bei einer Delegationsreise habe ich einen Besuch mit weiteren Abgeordneten in den Flüchtlingslagern im Nordirak initiiert. Da mir das Schicksal einzelner Menschen am Herzen liegt und mir kontinuierliches Engagement wichtig ist, bin ich nach dem Krieg erneut in den Irak gefahren und habe mich vor Ort über die Situation informiert.

Auch mit anderen Themenbereichen war ich intensiv befasst: Als ordentliches Mitglied im Frauenausschuss sowie im Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport sowie als Stellvertreterin im Entwicklungsausschuss konnte ich linke Positionen in die Bereiche einbringen, die oft als „weiche“ Themen betrachtet werden, in denen aber durchaus knallharte Politik gemacht wird. So spielt Bil-

dung beispielsweise eine wichtige Rolle im Rahmen der neoliberalen Umstrukturierungsstrategie der EU, zu deren Zielen es gehört, durch Privatisierung die Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Maßstab zu verbessern.

Über Hintergründe aufzuklären ...

... und das Bewusstsein für die Rolle der EU in verschiedenen Bereichen zu schärfen, ist mir ein zentrales Anliegen, da nur vor dem Hintergrund umfassender Informationen die Entwicklung von Gegenstrategien möglich ist. Ich habe an vielen Veranstaltungen teilgenommen, Sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger abgehalten, Studien zu unterschiedlichen Themen von Rassismus über AIDS bis zur Hochschulpolitik anfertigen lassen und zwei Konferenzen organisiert, die sich mit dem Themenkomplex Menschenrechte bzw. der Privatisierung im Bildungsbereich befassen haben.

Auch die Gleichstellungspolitik ist ein Thema, das mir wichtig ist. Wie viel in diesem Bereich auch in Europa noch im Argen liegt, zeigt die Tatsache, dass bislang nicht einmal ein Drittel der Abgeordneten im Europäischen Parlament Frauen sind – und auch diese geringe Zahl nach der Wahl im Juni weiter zu sinken droht. Selbst bei der Linksfraktion sind Männer deutlich in der Mehrzahl. Bleibt zu hoffen, dass die PDS mit ihrer konsequenten Frauenquote in der kommenden Legislaturperiode den Frauenanteil erneut stärken kann. Denn Frauen brauchen auch in Zukunft eine kräftige Stimme im Europäischen Parlament! ■

Dank tatkräftiger Unterstützung Vieler konnte ich kompetent Politik machen

Von Dr. Hans Modrow, MdEP

Bilanz zu ziehen bedeutet, Rechenschaft über das in fünf Jahren Geleistete abzulegen, ohne in die Gefahr der Selbstdarstellung zu verfallen. Sowohl die Fraktion als auch die PDS-Gruppe haben in schriftlicher Form eine sachliche Bilanz ihrer Arbeit gezogen. Am Ende einer Legislaturperiode geht es m. E. noch um zwei andere Dinge, die unbedingt zu einer Bilanz gehören.

Das ist zum einen das Klima, unter dem gearbeitet wurde, und zum anderen sind es die Erfahrungen und Ausblicke, die nicht weniger Bedeutung haben. Als wir zu den Studientagen in Dublin waren, äußerten sich zwei Kollegen – ein Franzose und ein Däne, beide aus der sozialistischen Fraktion zu uns gestoßen – sehr positiv über das Klima in unserer Fraktion, hoben vor allem die Kameradschaft und die Gemeinsamkeit hervor, die sie erlebt haben. Im Stillen dachte ich, dass ich mir manchmal mehr davon auch in der eigenen Gruppe gewünscht hätte . . .

Aufgebautes darf nicht verloren gehen

Was die Erfahrungen und Ausblicke angeht, so sind wir uns einig, dass – wie immer die neue Fraktion zusammengesetzt und wie stark darin die PDS vertreten ist – Kontinuität gewahrt werden muss und Erfahrungen in der Arbeit, geknüpfte Kontakte und perspektivische Ansätze nicht verloren gehen dürfen. Gewiss hat die Erweiterung der EU von 15 auf 25 Staaten am 1. Mai formal ihren Abschluss gefunden, doch damit sind die Probleme keineswegs gelöst, vielmehr werden sie sich in der Praxis erst jetzt voll zeigen. Als Koordinator für Fragen der Erweiterung in der Fraktion hatte ich viele Kontakte nach Tschechien (ich war stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarierdelegation für den Beitritt der ČR), Polen, Ungarn, den baltischen Republiken und über die Beitrittsländer hinaus nach Russland, Moldawien und Belarus angebahnt, die nicht abreißen sollten. Ausdruck dieser

*Wir sind uns einig,
dass – wie immer die neue
Fraktion zusammengesetzt
ist – Kontinuität gewahrt
werden muss und unsere
Erfahrungen nicht
verloren gehen dürfen*



Öffnung nach Osten waren Konferenzen mit linken Kräften der Beitrittsländer in Budapest, Prag und Warschau sowie ein Symposium in St. Petersburg. Ein Fundament, auf dem man weiter aufbauen kann, waren entsprechende wissenschaftliche Studien, die z. T. auch über die Rosa-Luxemburg-Stiftung erhältlich sind.

Entwicklungspolitik war ein weiteres zentrales Thema

Ich gehörte als Vollmitglied dem Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit an, dessen offenes und faires Arbeitsklima ich ebenso wie den respektvollen Umgang miteinander schätzen gelernt habe. Mein besonderes Augenmerk galt dabei der Zusammenarbeit der EU mit Lateinamerika im Allgemeinen und mit den im Forum Sao Paulo zusammengeschlossenen linken Kräften im Besonderen. Inhaltlich war die gesamte Arbeit dem großen Ziel der Bekämpfung der Armut untergeordnet, die sich in Lateinamerika in krasser Form zeigt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Helma Chrenko und Peter Stier haben mir dabei sehr geholfen, und in einer Broschüre konnten wir linke Positionen in dieser Frage der Öffentlichkeit übergeben.

Gleiches gilt für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wo Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim analytisches Material zur Verfügung stellte, welches auch öffentlich zugänglich ist.

Regionale Arbeit sehr wichtig

Wenn das im Dreiländereck gelegene Bürger- und Europabüro Bautzen einen so guten Anklang gefunden hat, dann hat das gute Gründe. Vor Ort, im Gespräch und Gedankenaustausch, wurde Europa, sprich



die EU, immer mit der Minderheitenfrage der sorbischen Bürgerinnen und Bürger verbunden, deren Probleme die Leiterin Merka Kosel bestens kennt. Doch gleichermaßen erwies sich das Büro als eine nützliche Schaltstelle und Informationsquelle für den sächsischen Landtagsabgeordneten Heiko Kosel, Sprecher für europapolitische und sorbische Fragen. Im größeren Kontext vermittelten die Gespräche mit Kommunalpolitikern, Diskussionen bei Betriebsbesuchen diesseits und jenseits der Grenzen einen unmittelbaren Eindruck von den Chancen und Risiken, die mit der EU-Erweiterung verbunden sind.

Engagiert vor Ort mit vielen anderen

Ohne Vollständigkeit anzustreben, soll ein Bereich nicht unerwähnt bleiben, auf dem ich kein Experte bin: Die Agrarpolitik. Mit meiner Kollegin Christel Fiebiger habe ich in den fünf Jahren so manche schöpferische Initiative gestartet, die auch öffentlichen Widerhall fand. Besonders wichtig war das entschlossene Auftreten mit den Verbänden, als es darum ging, die Angriffe auf die Bodenreformbauern und ihre Erben abzuwehren. Als Experte stand mir dabei mit Rat und Tat der Landwirtschaftsminister a. D. Hans Watzeck zur Seite.

Bilanz hat immer etwas mit Menschen zu tun, die hinter den Aufzählungen stehen. Deren Zahl war für meine parlamentarische Tätigkeit immer sehr groß, so dass sie an dieser Stelle nicht alle genannt werden können. Nicht zuletzt hat auch die Arbeitsgruppe Mittel- und Osteuropa beim Parteivorstand der PDS, der ich wertvolle Hintergrundinformationen und Anregungen verdanke, zum Erfolg beigetragen. Ihnen allen sollen mein Dank und meine besten Wünsche gelten. ■

Bildung unter Privatisierungsdruck in Europa

Von Ruth Firmenich

Schule bedeutet ganztägige staatliche Gesamtschule. Es gibt kein Sitzenbleiben. Mehr als 80 Prozent eines Jahrgangs machen Abitur. Und auch Schülerinnen und Schüler stellen Beurteilungen am Ende eines Schuljahrs aus. Ein Horrorszenario? Nicht so in Finnland. Dort ist es nämlich so, und das Bildungssystem ist alles andere als in einer Krise: Bekanntlich erreichte Finnland den Spitzenplatz in der internationalen PISA-Studie, die das Leistungsniveau von Schülerinnen und Schülern bewertet. Spätestens seit dem miserablen Abschneiden der deutschen Schülerinnen und Schüler ist klar, dass das deutsche Bildungssystem alles andere als gute Ergebnisse hervorbringt und Kindern aus sozial schwachen Familien so gut wie keine Chance bietet. Und spätestens seitdem ist das Interesse gestiegen, mehr über Schulsysteme zu erfahren, die deutlich bessere Resultate erzielen.

Eine Gelegenheit dazu gab es am 17. April in Hamburg. Auf Initiative der PDS-Europaabgeordneten Feleknas Uca veranstaltete die Fraktion der Vereinten Eu-

ropäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament ein internationales Hearing in der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Eingeladen waren neben GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen auch Bildungsexperten aus verschiedenen europäischen Ländern, die über die Situation aus ihrer Perspektive berichteten. Nach der allgemein düsteren Einschätzung, die die ersten Referate über die Ein-

ordnung von Bildungspolitik in die neoliberalen Strategien der EU (Feleknas Uca) sowie den grundsätzlichen Privatisierungsmythos (Prof. Herbert Schui von der HWP) vermittelt hatten, und nach der Veranschaulichung der Konsequenzen der Privatisierungsstrategien am Beispiel Deutschlands (Horst Bethge für die AG Bildungspolitik der PDS, Wolfgang Klein aus der Sicht eines Berufsschullehrers in Hamburg und Hans-Jürgen Ochs von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am Beispiel Bremens) war die Spannung groß, nun etwas über die Situation in anderen Ländern zu erfahren.

Als Referentinnen standen Elisabeth Persson-Grip, ehemalige Parlamentsabgeordnete und heutige bildungspolitische Beraterin der Linkspartei Schwedens, Elke Renner, Mitglied der KP Österreich und Herausgeberin einer bildungspolitischen Zeitschrift sowie Kati Jauhiainen, Diplom-Pädagogin und Bildungs- und Kommunikationstrainerin aus Finnland Rede und Antwort.

Während der Bericht aus Österreich ähnlich pessimistisch war wie der aus Deutschland, zeichneten die beiden Skandinavierinnen ein ganz anderes Bild vom Erziehungswesen in ihren Ländern. Der Ansatz im Bereich Bildung ist hier ein völlig anderer. Nicht der Anspruch an die Schülerinnen und Schüler, Leistungen zu erbringen, steht im Vordergrund, sondern Schule hat den Zweck zu erfüllen,

die ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen mit ihren jeweiligen individuellen Besonderheiten bestmöglich zu fördern und zu unterstützen. Das Schulsystem richtet sich an diesem Grundziel aus und ist entsprechend aufgebaut. So ist die Regel nicht etwa der in Deutschland vorherrschende Frontalunterricht, sondern ein Team von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet eine Klasse in kleinen Gruppen. Damit wird sowohl die Förderung der einzelnen Kinder verbessert als auch die Belastung für die Lehrerinnen und Lehrer reduziert, die in deutschen Schulen oftmals völlig überfordert einer Gruppe von mehr als 30 Schülerinnen und Schülern gegenüberstehen, deren Einzelbedürfnissen sie einfach nicht gerecht werden können. Aus deutscher Sicht ebenfalls völlig unvorstellbar ist die Tatsache, dass alle Kinder mit fremdsprachlichem Hintergrund Anspruch auf wöchentlich zwei Stunden Unterricht in ihrer Muttersprache haben. Dies bedeutet z.B., dass in Helsinki Unterricht in 40 verschiedenen Sprachen gegeben wird. Natürlich ist ein solches Prinzip aufwändig und kostenintensiv, aber es ist aus Integrationsgesichtspunkten mehr als sinnvoll: So haben Kinder aus Migranten- oder Flüchtlingsfamilien die Chance, beide Sprachen richtig zu lernen und nicht wie in Deutschland oft keine der beiden, da die Betreuung sowohl in der Schule als auch zu Hause fehlt.

Natürlich herrscht auch in Finnland keine heile Welt. Probleme gibt es auch dort, und über Lerninhalte und Ausgestaltung wird ebenfalls intensiv diskutiert. Die Grundzüge des Bildungssystems jedoch finden breite Unterstützung. Ein Glaubenskrieg, wie er in Deutschland von konservativer Seite um das bewiesenermaßen sozial ausgrenzende dreigegliederte Bildungssystem und um die Ganztagschule geführt wird, ist überhaupt nicht vorstellbar – bislang zumindest nicht. Bleibt allerdings abzuwarten, welche Auswirkungen die neoliberale Ausrichtung der EU auch auf die skandinavischen Bildungssysteme hat.

Das Hearing brachte die Teilnehmerinnen nach diesem Ausflug in eine ganz andere Bildungswelt jedenfalls zum Schluss zurück in die eher düstere Realität der Bundesrepublik. In der Abschlussrunde mit Steffi Odenwald von der GEW und Volker Scharlowsky vom DGB-Bundesvorstand ging es wieder um das, was die Debatten hier zwangsläufig prägt: der Mangel an Ausbildungsplätzen und die Auswirkungen der Privatisierungsbestrebungen im Bildungsbereich vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzmisere.

Bleibt zu hoffen, dass die Beispiele aus Finnland und Schweden Mut machen und einen Ansporn geben, angesichts der schwierigen Lage in Deutschland nicht zu resignieren, sondern sich weiter für progressive und sozial gerechte Veränderungen im Bildungswesen stark zu machen. ■



ropäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament ein internationales Hearing in der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Eingeladen waren neben GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen auch Bildungsexperten aus verschiedenen europäischen Ländern, die über die Situation aus ihrer Perspektive berichteten. Nach der allgemein düsteren Einschätzung, die die ersten Referate über die Ein-

die ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen mit ihren jeweiligen individuellen Besonderheiten bestmöglich zu fördern und zu unterstützen. Das Schulsystem richtet sich an diesem Grundziel aus und ist entsprechend aufgebaut. So ist die Regel nicht etwa der in Deutschland vorherrschende Frontalunterricht, sondern ein Team von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet eine Klasse in kleinen Gruppen. Damit wird sowohl die Förderung der ein-

Umsetzung der EU-Agrarreform – ein Experiment mit großen Fragezeichen

Von Christel Fiebiger, MdEP

Die auf die weitere Liberalisierung der EU-Agrarwirtschaft gerichtete Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik beinhaltet einen Systemwechsel in der Agrarförderung: Künftig werden die Prämien nicht mehr für die Produktion von Agrarerzeugnissen, sondern für Gemeinwohlleistungen (z. B. für den Schutz natürlicher Ressourcen) gezahlt. Die als handelsverzerrend geltenden Produktionsstützungen sollen so „WTO-konform“ gemacht werden, um die Position der Union als zweitgrößter Agrarexporteur der Welt zu sichern. Die Landwirte sollen nur das produzieren, was auf dem Markt nachgefragt wird und ihr Standort hergibt.

Die Weltmarktorientierung der Reform wird zur Beschleunigung des Strukturwandels und zur verstärkten Aufgabe der Landwirtschaft in Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen sowie zum Ausbluten ländlicher Räume führen. Eine wirkliche Alternative wäre eine Reform, die – ausgehend vom „Konzept der Ernährungssouveränität“ – das Recht auf regionale Produktion für die Versorgung der eigenen Bevölkerung in Europa und in allen Teilen der Welt sicherstellt. Dafür ist ein qualifizierter Außenschutz unabdingbar.

Der deutsche Weg

Für die Reformumsetzung haben die EU-Staaten Spielräume. Deutschland nutzt diese. Das vom Bundestag am 1. April mit den Stimmen von Rot-Grün beschlossene Gesetz zur Umsetzung der Reform ist jedoch umstritten; die Entscheidung dürfte erst im Vermittlungsausschuss fallen.

Kontrovers ist, dass Deutschland – im Unterschied zu anderen EU-Staaten – sämtliche Prämienzahlungen bereits ab 2005 von der Produktion entkoppelt und den Betrieben die Prämien nicht nach dem Standardmodell zuweisen will. Kernstück des Gesetzes ist ein Kombinationsmodell aus flächenbezogenen und betriebsindividuell zugewiesenen Prämienrechten, das bis 2012 in eine regional einheitliche Flächenprämie münden soll. Hierbei wird ein Teil der bisherigen Prämien auf Basis der Jahre 2000 bis 2002 zunächst betriebsindividuell gewährt, ebenso die künftige Milchprämie. Der andere Teil der Prämien wird dem gesamten Grün- und Ackerland

einer Region zugewiesen und als je Hektar regional einheitliche Grünlandprämie und Ackerflächenprämie an die Betriebe ausgereicht. Ab dem Jahr 2007 sollen die betriebsindividuellen Prämienrechte abgeschmolzen und dem regionalen Flächenprämienrecht zugeschlagen werden. Der Abschmelzungsprozess soll 2012 mit einem einheitlichen Hektar-Zahlungsanspruch je Bundesland enden.

Das Gesetz sieht auch eine begrenzte Umverteilung von Prämienrechten zwischen den Bundesländern vor, um historisch bedingte, aber heute nicht mehr zu rechtfertigende Prämienunterschiede teilweise auszugleichen.

Kritik und Forderung

Noch bei keiner Agrarreform waren die Auswirkungen so unklar wie bei dieser. Klar scheint nur, dass die Produktion (besonders von Rindfleisch und Getreide) zurückgeht, der Rationalisierungs- und Modernisierungsdruck wächst und Arbeitsplätze verloren gehen. Nur getrauen sich weder Bundesregierung noch Wissenschaft die Ausmaße zu prognostizieren. Anstatt sich diesen wichtigen Fragen zuzuwenden, erleben wir eine kontroverse Diskussion um die Umverteilung der Prämien zwischen Reformgewinnern und -verlierern. Im Grunde ist das ein Konflikt zwischen „Besitzstandswahrung“ und „Gerechtigkeit“. Und der ist nicht mit der

Brechstange zu lösen. Deshalb steht im PDS-Europawahlprogramm:

„Beim Umbau des Agrarförderungssystems, der mit erheblichen Umschichtungen zwischen Betrieben und Regionen verbunden sein wird, sollten die nationalen Entscheidungsspielräume so genutzt werden, dass die Umschichtungen aus Einkommensgründen nicht abrupt sondern als mehrjähriger Übergang erfolgen.“

Wie unausgegoren und risikobehaftet das Gesetz ist, zeigen folgende drei Punkte aus der Problemfülle:

■ Bislang galt als „normal“, dass in einem Jahrzehnt die Hälfte aller Milchbauern ihre Produktion einstellen. Jetzt wird befürchtet, dass die Reform zu noch umfangreicheren Existenzaufgaben von Milchviehbetrieben führt, weil die Bauern durch Preissenkung, eine Milchprämie, die nur 58% der Preissenkung kompensiert, und Prämienabschmelzung dreifach getroffen werden. Deshalb ist die Verschiebung des Beginns der für 2007 vorgesehenen Prämienangleichung auf 2010 oder später geboten. Auch dann sollte erst mit kleinen Schritten begonnen werden (progressiver Angleichungsverlauf). Das würde den Betrieben die Anpassungszeit für ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit und zur Vermeidung der Entwertung von Investitionen und Gesellschafteranteilen geben.

■ Zur Vermeidung künftiger Überproduktion soll die Rindfleischproduktion verringert werden. Das ist akzeptabel. Jedoch nicht, dass die deutsche Produktion überproportional zurückgehen könnte und Länder, die ihre Prämien nur teilkoppeln, mit ihrem Rindfleisch auf den deutschen Markt drängen. Das ginge zu Lasten von Arbeitsplätzen und Einkommen. Daher sollte die Bundesregierung ein EU-einheitliches Vorgehen anstreben.

■ Unakzeptabel ist, dass bei uns höhere und zeitlich vorweg genommene Standards bei der Bindung der Prämien an Gemeinwohlleistungen angewandt werden sollen. Das gefährdet im Wettbewerb unter EU-Binnenmarktbedingungen Produktion und Arbeitsplätze. Deshalb müssen die EU-Richtlinien bei Umwelt-, Natur- und Tierschutz und Lebensmittelsicherheit eins zu eins umgesetzt werden.

Insgesamt darf bei der Agrarreformdebatte nicht vergessen werden, dass ein Bauer, der 130 Leute satt macht, die wichtigste und unverzichtbare Gemeinwohlleistung erbringt. ■



Verstärkte Kontrolle von LKW-Fahrern

Von Dr. Helmuth Markov, MdEP

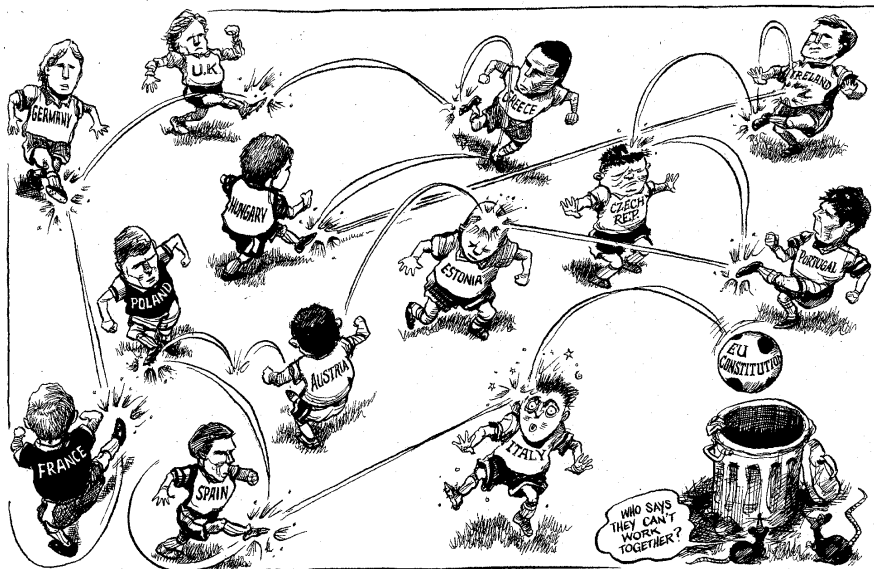
Das Europäische Parlament hat am 20. April 2004 den Markov-Bericht zum Richtlinienvorschlag über „Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr“ abgestimmt. Dieser Bericht ist die inhaltliche Fortführung meines Berichtes zu Ruhe- und Lenkzeiten von Berufskraftfahrern, den das Parlament im Januar 2003 verabschiedet hatte.

Zur Erinnerung: Die Europäische Kommission hatte Ende 2001 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Harmonisierung von Lenk- und Ruhezeiten von Berufskraftfahrern vorgelegt. Ziel war es, EU-weit einheitliche Regelungen für höchstzulässige Lenkzeiten und Mindestruhezeiten im Güter- und Personenkraftverkehr einzuführen. Ich war als Berichterstatter beauftragt worden, den Kommissionsvorschlag zu bewerten und Änderungsvorschläge des Parlaments zu formulieren. Nach der Abstimmung sah der Parlamentsvorschlag folgendermaßen aus: Die höchstzulässige Wochenarbeitszeit soll 56 Stunden betragen und innerhalb von zwei Wochen 90 Stunden nicht überschreiten (ich hatte zwar für maximal 45 Stunden Lenkzeit pro Woche plädiert, mich damit aber nicht durchsetzen können.) Diese Regelung gilt nicht nur für Fernfahrer, sondern für fast alle Berufskraftfahrer, also beispielsweise auch für Kurier- und Expressdienste oder Armeefahrzeuge. Wichtig ist auch, dass nunmehr nicht nur angestellte, sondern auch selbstständige Fahrer unter die Verordnung fallen. Damit soll dem Trend in Fuhrunternehmen, die Fahrer zu selbstständigen Einzelunternehmern deklarieren, entgegengewirkt werden. Neu ist außerdem, dass die Arbeitszeitregeln für alle Fahrzeuge, die sich auf EU-Territorium befinden, gelten – also sowohl für Unternehmen, die ihren Sitz in der EU haben, als auch für Unternehmen aus Drittländern. Sozialdumping wird somit erschwert.

Mit der Verabschiedung einer solchen Verordnung sollten im wesentlichen drei

wichtige Zielstellungen erreicht werden. Durch verkürzte Arbeitszeiten kann die Zahl der Unfälle, die durch übermüdete Fahrer verursacht werden, gesenkt und damit die Verkehrssicherheit erhöht werden. Der soziale Schutz der Fahrer wird durch kürzere Arbeitszeiten und längere Ruhezeiten erhöht. Und schließlich sind durch die Gleichbehandlungsklauseln zwischen Angestellten und Selbstständigen, zwischen Unternehmen aus EU- und Nicht-EU-Staaten fairere Wettbewerbsbedingungen im Kraftverkehr garantiert.

Kontrollmaßnahmen in ganz Europa vorgeschlagen. Künftig sollen mindestens drei Prozent der Fahrten stichprobenartig kontrolliert werden, und zwar nicht nur auf der Straße, sondern insbesondere im Betrieb, denn bestimmte Daten wie Urlaubszeiten oder Krankheitsfälle können nur auf dem Betriebsgelände wirkungsvoll kontrolliert werden. Ein besonderer Schwerpunkt der Kontrollen soll bei Kleinunternehmen liegen, in denen die Ausbeutung von Arbeitnehmern in der Regel besonders hoch ist. Um einer Diskriminierung insbesondere osteuropäischer Unternehmen vorzubeugen, hat das Parlament in einem speziellen Antidiskriminierungsparagrafen festgelegt, dass Fahrer aus Drittstaaten nicht unverhältnismäßig häufig kontrolliert werden dürfen. Das Parlament hat sich nochmals für die schnellstmögliche Einführung des digitalen Tachographen ausgesprochen, weil damit Kontrollen erheblich vereinfacht werden können.



Nur: Das Dossier liegt seit seiner Verabschiedung durch das Parlament beim Europäischen Rat fest, und eine Bewegung ist nicht in Sicht. Offensichtlich ist der Text einigen Regierungen zu unternehmerfeindlich geraten und wird von ihnen blockiert. Und solange die Verordnung nicht verabschiedet wird, gilt das alte Recht.

Um die Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrer sozialverträglicher und Europas Straßen sicherer zu machen, ist jedoch mehr als eine Einigung im Rat notwendig. Das beste Gesetz ist nichts wert, wenn es keine Kontrollen über seine Einhaltung gibt. Erfahrungsgemäß nehmen die EU-Mitgliedstaaten es mit der Kontrolle über die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeiten unterschiedlich ernst. Deutschland kontrolliert etwa 4 Prozent der Fahrten und ist damit europäischer Musterknabe. Portugal hingegen beschränkt die Kontrollen auf weit unter 1 Prozent, was viel zu wenig ist, um Verstößen gegen die geltenden Regeln wirksam vorzubeugen.

Mit der Entschließung vom 20. April hat das Parlament nun einheitliche Regeln für

und Fälschungen erschwert werden können.

Ein Novum in der EU-Gesetzgebung ist, dass der Vorschlag des EP erstmals eine EU-weite Harmonisierung von Strafmaßnahmen bei Verstößen gegen die Arbeitszeitregelungen vorsieht. Das Maß der Sanktionen festzulegen, obliegt bislang den Mitgliedstaaten. Nun hat das Parlament die Kommission beauftragt, binnen drei Jahren einen Vorschlag zu erarbeiten, wie das Strafmaß vereinheitlicht werden kann. Um dies möglich zu machen, werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, der Kommission häufiger als bisher Bericht über die durchgeführten Kontrollen zu erstatten.

Das Parlament erhöht damit den Druck auf den Rat: Während dieser noch nicht einmal seine Hausaufgaben zu den Lenk- und Ruhezeiten gemacht hat, legt das EP schon seine Vorschläge über die notwendigen Folgemaßnahmen vor. Ich hoffe, dass dies die nächste Ratspräsidentschaft bewegen kann, die Sozialvorschriften im Straßenverkehr möglichst bald auf die Tagesordnung zu setzen. ■

Was verändert sich mit der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004?

Drei Antworten auf drei häufig gestellte Fragen

■ Was passiert eigentlich auf dem Arbeitsmarkt?

Die alten EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit („2+3+2-Modell“) für die Staatsangehörigen der mittelosteuropäischen Beitrittsländer verständigt. Für die Bürgerinnen und Bürger Zyperns und Maltas gilt diese Übergangsfrist nicht. Ob die alten EU-Mitgliedsländer von dieser Regelung jedoch Gebrauch machen, obliegt allein ihrer Entscheidung. Inzwischen haben die meisten von ihnen angekündigt, diese Übergangsfrist, die bis zu sieben Jahren gelten kann, auch anzuwenden. Ausdrücklich vorgesehen ist allerdings, dass diese Fristen in bestimmten Abständen daraufhin überprüft werden, ob sie zum Schutz der einheimischen Arbeitsmärkte weiterhin notwendig sind, denn niemand kann heute verlässliche Auskünfte darüber geben, ob überhaupt ein Migrationsdruck aus den Beitrittsländern entstehen wird, und wie viele Bürgerinnen und Bürger tatsächlich kommen werden.

In Deutschland und Österreich wird es zusätzlich zu der Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit einzelne Beschränkungen bei der Dienstleistungsfreiheit im Baugewerbe und in Teilbereichen des Handwerks geben. Dies bedeutet, dass Staatsangehörige der mittel- und osteuropäischen Länder nach dem Beitritt für ihre Arbeitsaufnahme bei inländischen Arbeitgebern und in einzelnen Bereichen der Dienstleistungserbringung immer noch einer Arbeiterlaubnis in Deutschland bedürfen, die sie im Rahmen der Übergangsfrist nur nach den Regelungen des deutschen Arbeitsgenehmigungsrechts erhalten können. Darüber hinaus gelten die von Deutschland u. a. mit Polen und der Tschechischen Republik getroffenen bilateralen Vereinbarungen. Demgemäß sind z. B. in den Grenzregionen kaum zusätzliche Probleme zu erwarten.

■ Werden mit dem Beitritt auch die Grenzkontrollen bei der Ein- und Ausreise entfallen?

Auch nach dem 1. Mai wird im Reiseverkehr mit den zehn neuen Länder nach Ausweispapieren gefragt werden. Bis die Grenzkontrollen zwischen alten und neu-



en Mitgliedsländern wegfallen, werden wahrscheinlich noch Jahre vergehen. Zur Erinnerung: Auch zwischen den alten Mitgliedstaaten wurden sie seit 1985 nur schrittweise abgebaut, so etwa erst nach langen Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich bzw. Dänemark. Und noch heute gilt beim Reiseverkehr zwischen Großbritannien und Irland die Ausweispflicht. Bevor entschieden wird, dass die Grenzkontrollen beseitigt werden, muss jedoch im Voraus eine Bewertung erfolgen, in der die Sicherheit der Außengrenzen des neuen EU-Mitgliedslandes überprüft wird.

Weiterhin möglich sind auch Stichproben bei der Zollkontrolle an den Grenzen zu den neuen EU-Ländern. Allerdings werden die bisher zwischen den alten Mitgliedsländern geltenden relativ großzügigen „Richtgrenzen“, etwa bei Wein, Bier und Spirituosen, nun auch im Verkehr mit den neuen Ländern angewandt. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Güter nur dem privaten Verbrauch dienen. Lediglich beim Import von Tabakwaren aus den mittelosteuropäischen Beitrittsländern werden für die nächsten Jahre noch geringe Freimengen gelten.

Experten gehen davon aus, dass es aufgrund der Erweiterung zu keiner Erhöhung der Kriminalität in den alten Mitgliedsländern kommt. Im Gegenteil: Da die neuen Mitgliedstaaten jetzt die EU-weiten Standards, Verfahren und Mechanismen bei der Kriminalitätsbekämpfung einhalten müssen und in diesen Fragen zu einer engen Zusammenarbeit mit den alten Mitgliedsländern verpflichtet sind, wird sogar vermutet, dass sich die aus diesem Raum kommende Kriminalität verringern könnte.

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben von der PDS-Delegation in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz
ASP 09 G 206
B-1047 Brüssel
Belgien
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Redaktionsschluss: 27. April 2004
Fotos:

Satz & Gestaltung: Michael Pickardt
Druck: Druckhaus Schöneweide
Auflage: 10.000

■ Wird mit dem Beitritt auch der Euro sofort als Zahlungsmittel in den neuen Ländern gelten?

Nein. Die Einführung des Euro ist nämlich laut EG-Vertrag an eine ganze Reihe von Kriterien geknüpft. Die wichtigsten sind: Die Inflationsrate im Jahr vor der Euro-Übernahme darf nicht mehr als 1,5 Prozent über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Länder liegen. Weitere Bedingungen sind, dass das jährliche Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte nicht drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigen darf und die gesamtstaatliche Schuldenquote nicht mehr als 60 Prozent des BIP beträgt.

Wahrscheinlich werden diese Kriterien am ehesten noch die relativ kleinen Volkswirtschaften der baltischen Länder, Sloweniens und Zyperns erfüllen können. Hier rechnet man mit der Einführung des Euro frühestens für 2006 oder 2007. Ganz anders sieht es dagegen bei den größeren Beitrittsländern aus. In Polen betrug etwa die jährliche Defizitquote 2003 4,1 Prozent, in Ungarn 5,9 Prozent und in der Tschechischen Republik sogar 12,9 Prozent. Die Einführung des Euro wird daher dort wohl noch eine ganze Weile auf sich warten lassen. ■